



Absender: Gesundheitsamt

Vorlage-Nr.: 2006/0202

Veranlasser / Verursacher

Datum: 18.08.2006

Aktenzeichen:

## **Berichtsvorlage**

**Berichts Antrag der FDP-Fraktion vom 07.08.2006 betr. Einführung einer Kreispflegekonferenz**

### **Beratungsfolge:**

<b>Gremium</b>	<b>am</b>	<b>Top</b>	<b>Status</b>
Kreisausschuss	07.09.2006	6.5	nicht öffentlich
Kreistag	27.09.2006	9	öffentlich
Ausschuss für Arbeit, Jugend, Frauen und Soziales	01.11.2006	4	öffentlich

Dem Kreistag wird empfohlen, folgende Feststellung zu treffen:

Der Bericht des Kreisausschusses zum Berichts Antrag der FDP-Fraktion vom 07.08.2006 betr. Die Einführung einer Kreispflegekonferenz wird zur Kenntnis genommen.

### **Sachverhalt:**

#### **Antwort zum Berichts Antrag der FDP-Fraktion zur Prüfung der Einführung einer Kreispflegekonferenz (KPK)**

##### Frage 1 und 2

Die Abfrage erfolgte mündlich im Rahmen der Arbeitsgruppe "Kommunale Altenhilfeplanung des Hessischen Landkreistages, in der alle 21 hessischen Landkreise vertreten sind.

##### Frage 3

Seit dem 13. Januar 2006 sind acht weitere Fragebögen eingegangen und zwar aus folgenden Bereichen: Kommunen (1x), Sozialdienst im Krankenhaus (1x), ambulante Dienste (2x), stationäre Einrichtungen (2x), Liga (1x), Kassenärztliche Vereinigung (1x)

#### Frage 4 und 5

Folgende Tabelle gibt Aufschluß über den Rücklauf der Fragebögen; Stand August 2006

<b>Einrichtung</b>	<b>angeschrieben</b>	<b>Antworten in Zahlen</b>	<b>Antworten in %</b>
Versorgungsamt	1	1	100,0
MDK	1	1	100,0
LWV	1	1	100,0
Liga	1	1	100,0
Kassenärztl. Vereinigung	1	1	100,0
Beratungsstellen für Ältere	7	4	57,1
Kommunen	29	14	48,2
Pflegeheime	30	14	46,6
amb. Pflegedienste	49	18	36,7
Krankenkassen	9	3	33,3
Krankenhäuser	10	3	30,0
Tagespflegeeinrichtungen	4	1	25,0
Sozialdienste der Krankenhäuser	10	2	20,0
Kreissenioresenbeirat	6	1	16,7
VdK	1	0	0,0
Wohnberatungsstelle	1	0	0,0
Landesärztekammer	1	0	0,0
Gesundheitsamt/ LK	1	0	0,0
Sozialamt/ LK	1	0	0,0
SoPD/ PsKB	1	0	0,0
Parteien im KT	5	0	0,0
EKB	1	0	0,0
<b>gesamt</b>	<b>171</b>	<b>65</b>	<b>38,0</b>

#### Frage 6

Siehe Anlage 1

#### Frage 7

Aus der Beantwortung der Frage 2 des Erhebungsbogens ergibt sich, dass nicht alle, die die Einführung einer KPK befürworten, auch zur Mitarbeit in diesem Gremium bereit wären. Lediglich 60 % könnten sich ein Engagement in diesem Kreis vorstellen.

Nach ihren Erwartungen an eine KPK befragt, fallen die Antworten, wie zu erwarten war bei dem breiten Spektrum der Befragten, sehr unterschiedlich aus. Im Anschluss eine Auswahl der am häufigsten genannten Hoffnungen:

- Persönliches kennen lernen
- Interessenlagen und Arbeit der anderen kennen lernen und verstehen
- Interdisziplinäre Zusammenarbeit, Kooperation mit anderen Diensten
- Reibungslose Kommunikationsstrukturen
- Abbau von Bürokratie
- Verbindung von Theorie und Praxis
- Erstellung verständlicher und effektiver Papiere (z.B. Überleitungsbogen)
- Fachkundige Informationsvermittlung

- Erfahrungs-/ Informationsaustausch
- Vernetzte pflegerische Versorgung, Optimierung der pflegerischen Versorgung
- Erhebung der regionalen Versorgungsstrukturen und Bedarfsanalyse
- Ausbau der vorhandenen Strukturen
- Planung frühzeitig abstimmen, um vielschichtige Interessenlagen und gesetzliche Vorgaben in Einklang zu bringen
- Vernetzung von professioneller Dienstleistung und Ehrenamt
- Gemeinsame Ideenentwicklung
- Transparenz der Träger
- Aufbau eines Netzwerkes
- Ausbau Ehrenamt
- Mitwirkung bei Umsetzung des Altenhilfeplanes
- Versorgung dementiell Erkrankter im ambulanten Bereich
- Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität
- Erweiterung der Fachkompetenz
- Öffentlichkeitsarbeit
- Lobby der Pflege in der Politik stärken

Die Frage, ob weitere Teilnehmer an der KPK teilnehmen sollten, wurde von 29 % mit ja beantwortet. Gewünscht waren hier vor allem: Juristen, Hospizdienste/ palliative Versorgung, alle Beratungsstellen für Ältere, Vertreter für ausländische Mitbürger, Sanitätshäuser, Apotheken, Krankengymnasten/ Ergotherapeuten/ Logopäden, Bundesverband privater Anbieter, BARKE, alle Wohlfahrtsverbände und interessierte Privatpersonen.

In anderen Gremien sind bereits 62 % der Befragten aktiv und haben von daher eine Möglichkeit zum Austausch.

Die Frage, wie die Teilnehmer/ Vertreter der KPK bestimmt werden sollten, wurde unterschiedlich beantwortet.

Vorausgesetzt wird Interesse an einer konstruktiven Mitarbeit und Fachlichkeit. Die Entscheidung über die Teilnahme wird innerhalb der Institution/ der Leitungsgremien

- des Berufsverbandes oder
- der jeweiligen (Berufs-)Gruppe (evtl. Gruppe einladen) getroffen.

Auch die Berufung der Teilnehmer durch den Landkreis wird vorgeschlagen bzw. die Vergabe von Sitzen für jede Organisation in der konstituierenden Sitzung durch eine Wahl.

Teilnehmen sollten nach den Vorstellungen der Befragten nur Entscheidungsträger/ Leitungsebene

- alle an der Pflege Beteiligten mit der Verpflichtung, regelmäßig und aktiv teilzunehmen

Auch die Öffnung für alle Interessierten wurde vorgeschlagen.

Die Weitergabe der in der KPK erhaltenen Informationen wird als nicht problematisch angesehen (E-mail, Dienstbesprechungen, Protokoll, ...)

Die Frage, ob sich die geplante Aufgabenstellung/ die behandelten Themen mit der Interessenlage der Mitglieder decken wird, wird von 53 % mit ja und von 47 % mit nein beantwortet. Als Gründe hierfür werden genannt: das Gremium ist zu groß, die Interessenlagen

sind zu unterschiedlich/das Machtgefälle ist zu groß, die Inhalte und deren mögliche Finanzierung widersprechen sich und die Befugnisse der Teilnehmer sind zu unterschiedlich.

57 % der Befragten sprachen sich bei der Frage 9 des Erhebungsbogens für die Einrichtung zielgerichteter und themenbezogener Arbeitskreise aus.

#### Frage 8 und 9

Folgende Tabelle gibt Aufschluß über die grundsätzliche Einstellung zur Einführung einer KPK (siehe Frage 1 des Erhebungsbogens).

<b>Einrichtung</b>	<b>ja</b>	<b>%</b>	<b>%</b>	<b>nein</b>	<b>%</b>	<b>%</b>
		nach eingegangenen Antworten	nach angeschriebenen Einrichtungen		nach eingegangenen Antworten	nach angeschriebenen Einrichtungen
Versorgungsamt	1	100				
MDK	1	100				
LWV						
Liga	1	100				
Kassenärztliche Vereinigung	1	100				
Beratungsstellen für Ältere	4	100	57,1			
Kommunen	5	35,7	17,2	9	64,3	31,0
Pflegeheime	8	57,1	26,6	5	35,7	16,0
amb. Pflegedienste	17	94,4	34,6	1	5,6	2,0
Krankenkassen	1	33,3	11,1	2	66,7	22,2
Krankenhäuser	1	33,3	10,0	2	66,7	20,0
Tagespflegeeinrich- tungen	1	100	25			
Sozialdienste der Krankenhäuser				2	100	20,0
Kreissenioresbeirat				1	100	16,6
VdK						
Wohnberatungsstelle						
Landesärztekammer						
Gesundheitsamt/ LK						
Sozialamt/ LK						
SoPD/ PsKB						
Parteien im KT						
EKB						
<b>gesamt</b>	<b>41</b>	<b>63</b>	<b>24</b>	<b>22</b>	<b>34</b>	<b>13</b>

Schmidt  
Landrat

#### **Anlage/n:**

<b>Beschreibung</b>
Berichtsantrag der FDP-Fraktion vom 07.08.2006

<b>Beschreibung</b>
---------------------

Fragebogen zur Einführung einer Kreispflegekonferenz
--